**Bezirkstage 2013**

**Mittelhessen + Nordhessen**

**Meisterklasse** 250 – 475 Silben steigend um 25 Silben je Minute

Übertragungszeit:240 Minuten

Aus einer Regierungserklärung zu den Themen Staatsschuldenkrise, Griechenland-Paket und Europäischer Stabilitätsmechanismus

**Probeansage:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei den Gesprächen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union geht es vor allem darum, was wir in den nächsten 3 Jahren schaffen müssen, um die Wirtschafts- und Währungsunion dauerhaft zu stabilisieren. Neben der finanzpolitischen

 ¼

Zusammenarbeit und den damit zusammenhängenden Detailfragen zum Europäischen Stabilitätsmechanismus geht es insbesondere um die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union im internationalen

 ½

Vergleich. Nur mit ihr können wir Wachstum und Beschäftigung dauerhaft zurückgewinnen. 90 Prozent des weltweiten Wachstums finden außerhalb Europas statt. Es war die Abnahme der Wettbewerbsfähigkeit in einigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union,

 ¾

die wesentlich dazu geführt hat, dass diese Länder in Not geraten sind. Deshalb ist eine Politik der Strukturreformen und damit die nachhaltige Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit die richtige Antwort auf die Staatsschuldenkrise in Europa. Ich danke Ihnen für

 **1./300**

Ihre Aufmerksamkeit.

**Ansage**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Staatsschuldenkrise in Europa ist die schwerste Bewährungsprobe in der Geschichte der europäischen Einigung, und ihre Überwindung ist die große Herausforderung für alle,

 ¼

die heute politische Verantwortung in Europa tragen. Die deutsche Bundesregierung hat nie einen Zweifel daran gelassen, dass sie alles tun wird, damit Europa diese Bewährungsprobe nicht nur besteht, sondern damit

 ½

Europa gestärkt aus dieser Bewährungsprobe hervorgeht. In dieser Lage war es gerade die deutsche Bundesregierung, die immer wieder vor schnellen und einfachen Lösungen gewarnt hat, und die deutsche Bundesregierung

 ¾

warnt unverändert davor, weil es die schnelle und einfache Lösung nicht gibt. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union befinden sich vielmehr inmitten eines langen Prozesses aufeinanderfolgender Schritte und Maßnahmen, und

 **1./250**

dieser Prozess wird Jahre in Anspruch nehmen. Seit dem Beginn dieser Krise vor zwei Jahren sind wir ein großes Stück vorangekommen. Heute sind sich die Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Ursachen der Krise einig.

 ¼

Zu diesen Ursachen zählen insbesondere die übermäßige Staatsverschuldung, eine mangelnde Wettbewerbsfähigkeit in einigen Mitgliedstaaten sowie grundlegende Fehler in der Konstruktion der Wirtschafts- und Währungsunion. Meine

 ½

Damen und Herren! Wenn wir Lösungen akzeptieren, die die Ursachen dieser Krise bekämpfen, dann können und dann werden wir auch den Weg finden, um wieder aus dieser Krise herauszukommen. Wenn Europa unumkehrbare Schritte hin zu einer nachhaltigen

 ¾

Stabilitätsunion geht, dann beenden wir auch den Weg in die immer tiefere Verschuldung, an deren Ende nicht nur einzelne Mitgliedstaaten am Abgrund stehen, sondern Europa als Ganzes. Die Europäische Union scheitert, wenn der Euro scheitert;

 **2./275**

die Europäische Union gewinnt, wenn der Euro gewinnt. Der Euro gewinnt, wenn wir eine Stabilitätsunion schaffen, die diesen Namen tatsächlich verdient, weil sie von einem starken Fundament aus Solidität, Wachstum und Solidarität getragen ist. Solidität,

 ¼

Wachstum und Solidarität, sie sind auch die Grundlage des neuen Griechenland-Pakets, auf das sich die Finanzminister der Euro-Zone nach harten Verhandlungen in der letzten Woche geeinigt haben. Wie von den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen

 ½

Union im Oktober letzten Jahres beschlossen, soll der griechische Schuldenstand von heute über 160 Prozent auf 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahre 2020 zurückgeführt werden. Gestatten Sie mir darauf hinzuweisen,

 ¾

dass es im Falle Griechenlands nicht allein ums Sparen geht, so unausweichlich das auch ist; es geht vielmehr in erster Linie darum, Griechenland wettbewerbsfähig zu machen und auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zu führen. Dies wird nur gelingen, wenn alle Mitgliedstaaten der Europäischen

 **3./300**

Union ihren Beitrag leisten. Dies gilt natürlich vor allem für Griechenland selbst. Es ist unbedingt erforderlich, dass die griechische Regierung umfassende wirtschafts- und finanzpolitische Reformen umsetzt. Es führt kein Weg daran vorbei, frühere Fehlentwicklungen jetzt zu korrigieren.

 ¼

So sind in Griechenland zum Beispiel die Löhne nach der Einführung des Euro Jahr für Jahr stärker gestiegen als die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft. Entsprechend sank die Wettbewerbsfähigkeit. Wenn es in Griechenland neues Wachstum geben soll, müssen Lohnniveau und Leistungsfähigkeit wieder in ein vernünftiges

 ½

Verhältnis gebracht werden. Dazu ist es unter anderem unbedingt erforderlich, dass die griechische Regierung mit Unterstützung durch die Europäische Union die Steuerverwaltung deutlich verbessert. Gerade die Bezieher hoher Einkommen müssen ihren Beitrag zur Finanzierung

 ¾

des griechischen Gemeinwesens leisten. Meine Damen und Herren! Griechenland muss in den kommenden Jahren seinen Staatsapparat grundlegend modernisieren und umfassende Strukturreformen durchführen. Dazu sind im griechischen Parlament zahlreiche wichtige Beschlüsse zur Wirtschafts-, Finanz- und

 **4./325**

Sozialpolitik gefasst worden. Es ist jetzt unbedingt erforderlich, dass diese Beschlüsse von der griechischen Regierung auch in die Tat umgesetzt werden. Nur auf diese Weise wird es Griechenland mittelfristig gelingen, zu wirtschaftlichem Wachstum zurückzukehren und damit auch den Lebensstandard jedes einzelnen

 ¼

Bürgers Griechenlands zu verbessern. Das ist auch dringend erforderlich; denn den Menschen in Griechenland wurde in letzter Zeit bereits Außerordentliches abverlangt. Aber nur durch solche Schritte wird den Menschen in Griechenland eine Perspektive für eine wirklich bessere Zukunft eröffnet. Meine Damen und Herren! Lassen

 ½

Sie mich darauf hinweisen, dass Griechenland in den letzten Jahren bei allen Rückschlägen durchaus auch Fortschritte auf wirtschafts- und finanzpolitischem

Gebiet erzielt hat. Es ist der griechischen Regierung zum Beispiel gelungen, das Staatsdefizit von 10,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahre 2009 auf 2,4 Prozent

 ¾

im letzten Jahr zu senken. Trotz dieser Fortschritte ist der vor Griechenland liegende Weg lang, und er ist wahrlich nicht ohne Risiken. Dies gilt auch für den Erfolg des neuen Programms, das den Parlamenten der Mitgliedstaaten der Europäischen Union zur Beschlussfassung vorliegt. Eine hundertprozentige Erfolgsgarantie

 **5./350**

kann niemand geben. Immer wieder mussten und müssen wir Probleme bei der Umsetzung der Reformmaßnahmen feststellen. Wiederholt hat Griechenland seine Zusagen nicht eingehalten. Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union sind deshalb dem Vorschlag der Kommission der Europäischen Union gefolgt und haben

 ¼

im Oktober letzten Jahres beschlossen, die Überwachungskapazität vor Ort zu verstärken. Darüber hinaus werden die Mitgliedstaaten der Euro-Zone und der Internationale Währungsfonds ihren Beitrag leisten, indem sie das neue Programmpaket mit zusätzlicher öffentlicher Hilfe von bis zu 130 Milliarden

 ½

Euro unterstützen. Dass der Internationale Währungsfonds weiterhin einen angemessenen Beitrag leistet und seine Erfahrung zur Verfügung stellt, ist für die deutsche Bundesregierung unabdingbar. Meine Damen und Herren! Ich weiß, dass immer wieder die Frage aufgeworfen wird, ob Griechenland nicht ein Fass ohne Boden sei

 ¾

und ob es nicht für alle besser sei, wenn Griechenland die Euro-Zone verließe. Diese Fragen haben ihre Berechtigung. Nach Abwägung aller Argumente komme ich zu dem Ergebnis, dass die Risiken, die ein Ausscheiden Griechenlands aus der Euro-Zone für die übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und damit auch für die Bundesrepublik

 **6./375**

Deutschland hätte, unkalkulierbar und damit nicht verantwortbar sind. Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile spreche ich mich deshalb dafür aus, jetzt die Chancen, die wir Griechenland mit dem neuen Programm eröffnen, zu erkennen und zu nutzen. Denn das Bemühen um eine nachhaltige Stabilisierung Griechenlands dient nicht nur Griechenland, sondern ist ein wichtiger

 ¼

Baustein, mit dem wir eine neue Stabilitätsunion in Europa schaffen. Damit liegt die nachhaltige Stabilisierung Griechenlands nicht nur im Interesse Griechenlands selbst, sondern sie liegt im Interesse aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Sie liegt im europäischen Interesse und damit auch im Interesse der Bundesrepublik

 ½

Deutschland. Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie um Zustimmung für das neue Griechenland-Paket. Bei allen Maßnahmen geht es im Ergebnis darum, Spielräume

für eine nachhaltige Politik zurückzugewinnen. Eine nachhaltige Politik geht nicht auf Kosten kommender Generationen, sondern eröffnet Spielräume für Investitionen in die

 ¾

Zukunft Europas. Für eine solche nachhaltige Politik können wir in Europa Fortschritte verzeichnen. Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Ende meiner Regierungserklärung auf Fragen eingehen, die die Europäische Union insgesamt betreffen. Die Regierungen der Mitgliedstaaten haben begonnen, die in der Europäischen Union

 **7./400**

unbedingt erforderlichen und längst überfälligen Strukturreformen anzupacken. Dies gilt sowohl für die nationale Ebene als auch für die europäische Ebene. In diesem Zusammenhang ist eine Ausweitung der politischen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union unbedingt erforderlich. Nur auf diese Weise können wir die

 ¼

Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion beheben und Schritt für Schritt eine politische Union schaffen. Nur so wird es tatsächlich gelingen, das Vertrauen in die Euro-Zone zurückzugewinnen. In der Vergangenheit wurde der zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union vereinbarte Stabilitäts- und Wachstumspakt auch deshalb immer wieder verletzt, weil

 ½

Regelverstöße niemals Konsequenzen hatten. Damit muss nun endgültig Schluss sein. Vor einem Jahr haben sich die Staats- und Regierungschefs der Eurozone politisch darauf verständigt, nationale Schuldenregeln einzuführen, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland bereits seit 2009 gelten. Es handelt sich dabei um Vereinbarungen, die den Europäischen Stabilitätsmechanismus

 ¾

ergänzen. Während der Europäische Stabilitätsmechanismus von der Europäischen Kommission und vom Europäischen Parlament beschlossen wurden, basieren die zusätzlichen Vereinbarungen allerdings nur auf rein freiwilliger Zusammenarbeit der betreffenden Mitgliedstaaten. Meine Damen und Herren! Die europäische Staatsschuldenkrise zeigt, wie eng die

 **8./425**

Länder der Euro-Zone, aber auch die übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union inzwischen miteinander verflochten sind. Jeder Mitgliedstaat trägt Verantwortung für sich selbst, aber letztlich immer auch für Europa als Ganzes. Dieser Eigen- und Mitverantwortung steht die unverbrüchliche europäische Solidarität gegenüber, wenn es darum geht, Gefahren von der Euro-Zone insgesamt

 ¼

abzuwenden. Wir haben diese europäische Solidarität durch die Entscheidung für die Einrichtung des Europäischen Stabilitäsmechanismus unter Beweis gestellt. Zuletzt haben wir entschieden, den Europäischen Stabilitätsmechanismus ein Jahr früher als geplant zu aktivieren. Damit werden wir schon im Sommer dieses Jahres über ein dauerhaft schlagkräftiges Instrument verfügen.

 ½

Die deutsche Bundesregierung ist bereit, den deutschen Kapitalanteil schneller in den Europäischen Stabilitätsmechanismus einzuzahlen als ursprünglich geplant. Genau darüber werden wir auf dem Treffen der Staats- und Regierungschefs am Donnerstag sprechen. Voraussetzung dafür ist, dass auch die anderen Mitgliedstaaten mitziehen. Die Bundesregierung sieht derzeit keine Notwendigkeit für eine Debatte

 ¾

über eine Erhöhung der Kapazitäten des Europäischen Stabilitätsmechanismus. In diesem Zusammenhang möchte ich insbesondere darauf hinweisen, dass sich die Refinanzierungsbedingungen für Italien und Spanien dank der Reformanstrengungen in diesen Ländern in der Zwischenzeit sichtlich verbessert haben. Meine Damen und Herren! Auch angesichts der aktuellen Herausforderungen,

 **9./450**

denen wir uns in Europa gegenübersehen, müssen wir stets auch über unseren europäischen Tellerrand schauen. Wir sollten die laufenden multilateralen und bilateralen Handelsverhandlungen insgesamt intensivieren, um die Wachstumsmöglichkeiten in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu verbessern. In diesem Zusammenhang geht es vor allen Dingen darum, im transatlantischen Verhältnis

 ¼

unsere Handelsaktivitäten zu den Vereinigten Staaten von Amerika und den anderen Staaten des amerikanischen Kontinents zu vereinfachen. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Krise nur dann zu überwinden ist, wenn wir nicht nur gemeinsame Haushaltspolitiken haben, sondern wenn wir gleichzeitig daran arbeiten, die Wettbewerbsfähigkeit in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu verbessern.

 ½

Wettbewerbsfähigkeit ist kein Selbstzweck. Wir werden ohne Wettbewerbsfähigkeit den Wohlstand unseres Landes und Europas nicht steigern können. Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Gründerväter der Europäischen Union haben mit Kraft und Ideen Europa gebaut. Sie haben die Lehren aus den vergangenen Jahrhunderten gezogen und Frieden und Freiheit in Europa verankert. Sie haben das nicht nur für sich getan,

 ¾

sondern sie haben es auch für die nachfolgenden Generationen getan. Jetzt ist es an uns, diese europäische Erfolgsgeschichte im 21. Jahrhundert fortzuschreiben. Dem dienen die Maßnahmen, die ich Ihnen heute vorgestellt habe und für die ich um Ihre

Zustimmung bitte. Damit beginnen wir, die politische Union zu schaffen, die politische Union, die bei der Gründung der Europäischen Wirtschafts- und

 **10./475**

Währungsunion noch nicht geschaffen wurde.